



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Der Oberhofprediger Ehrenberg, der ehemalige Religionslehrer des jetzigen Regenten, hat mit Einwilligung desselben das Glaubensbekenntniß, welches der Prinz bei seiner Confirmation abgelegt, der Oeffentlichkeit übergeben. Es ist ein schöner Gedanke, daß der edle Fürst in dem Augenblick, wo ihm die Macht über so viele Millionen gegeben ist, sich diese Grundsätze seiner Jugend wie einen Spiegel vor Augen hält, um sich gleichsam noch einmal zu binden gegen Gott und gegen die Menschen. Denn das ist der Sinn dieser Veröffentlichung: nicht die Zufriedenheit mit früher gehegten Gedanken, sondern die Erneuerung derselben mit dem vollen Bewußtsein, daß sie für die Nachwelt das Maß sein werden, die Handlungsweise dessen zu richten, der in seiner Jugend so gefühlt und so gedacht hat. Von den edlen Grundsätzen dieses Glaubensbekenntnisses heben wir nur einige hervor. „Ich weiß, was ich als Mensch und als Fürst der wahren Ehre schuldig bin. Nie will ich in Dingen meine Ehre suchen, in denen nur der Wahn sie finden kann.“ — „Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterland, ich will unablässig in dem mir angewiesenen Kreise thätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht.“ — „Ich will keinem Menschen Unrecht thun, keinem hart sein, keinen kränken oder demüthigen und wo ich darin fehlen sollte, es eingestehen und auf alle Weise wieder gut zu machen suchen.“ — „Doch will ich meiner Pflicht gemäß alles ausbieten, daß das Werk der Heuchelei und Bosheit zerstört, das Schlechte und Schändliche der Verachtung Preis gegeben und das Verbrechen zur verdienten Strafe gegeben werde. Davon darf mich kein Mitleiden zurückschalten.“ — „Verderbte Menschen und Schmeichler will ich entschlossen von mir weisen. Die besten, die aufrichtigsten sollen mir die liebsten sein. Die will ich für meine wahren Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, wo sie mir mißfallen könnte.“ — Mit Recht setzt der Geistliche hinzu: „Zu den Fürsten drängen alle sich hin, die Schlechtesten am meisten; ihrer Gunst möchten sich alle erfreuen, und die pflegen sich um dieselbe am eifrigsten zu bewerben, die sie zu ihrem eignen Vortheil, zu der Fürsten und Völker Verderben mißbrauchen wollen. Das beste Herz ist nicht hinlänglich gesichert vor dem schädlichen Einfluß des vertrauten Umgangs, die festesten Grundsätze wanken diesem Einfluß.“ — Der gerade, echt deutsche Sinn des Prinzen wird dieser Gefahr entgehn, und mit vollem Herzen stimmen wir dem Schlußwort des würdigen Geistlichen bei: „Gott befestige Eure königl. Hoheit in diesen Grundsätzen, helfe Ihnen nach denselben Ihr ganzes Leben einrichten und zu seiner Ehre führen, und lasse Sie den herrlichen Segen derselben allzeit erfahren.“

Der alte Landtag hat mit der Anerkennung der Regentschaft seine dreijährige Laufbahn, die nicht die ruhmvollsten Seiten unserer Geschichte füllen wird, glücklich beschloffen. Er ruhe in Frieden und sein Andenken möge bald durch bessere Nachfolger ausgetilgt werden. Wenn aber der letzte Act seines Lebens d. h. sein Schweigen von Seiten der Nationalzeitung getadelt wird, so sind wir nicht im Stand, diese Vorwürfe zu verstehn. Ganz abgesehn davon, daß Adressen und Anreden, die keinen bestimmten Zweck haben, am besten unterbleiben, daß es sich von

selbst versteht, daß man von einem Regierungswechsel das Beste erwartet und daß man es daher nicht erst ausdrücklich sagen darf: was konnte dieser Landtag, nachdem er drei Jahre lang seine Grundsätze hinlänglich an den Tag gelegt, jezt Besseres thun als schweigen? Oder wünschte die Nationalzeitung etwa, daß dieser Landtag dem neuen Regenten seine Wünsche und Erwartungen über das, was nun zu thun sei, unterbreiten sollte? Völlig ungerechtfertigt ist der Vorwurf gegen die Opposition, die eine sehr kleine Minorität des Landtags bildet und daher nicht in der Lage war, eine Adresse vorzuschlagen; die sich ebenso wenig veranlaßt sehn konnte, nicht ausgesprochene Einwendungen gegen die Regentschaft zu widerlegen. Die Einwendungen der Kreuzzeitung gehören nicht vor das Forum des Landtags, sondern vor das Forum der Presse.*)

Die Publication, die „im allerhöchsten Auftrage“ vom Ministerium des Innern in Bezug auf die Wahlen erlassen ist, kann alle billigen Erwartungen befriedigen. Wem manches darin nicht deutlich genug gesagt sein sollte, der nehme die Kreuzzeitung zur Hand, deren Commentar das Nöthige enthält. Wir wollen nur auf einen Punkt aufmerksam machen. Das Circular ermahnt die Landräthe, sich, bevor sie eine Wahl annehmen, die ernste Frage vorzulegen, ob sie auch mit der Regierung werden gehn können? Nicht ungeschickt fragt die Kreuzzeitung: mit welcher Regierung denn? da man doch noch nicht weiß, welches Ministerium dem Landtag gegenübertritt wird. Aber das ist ja eben der Punkt! Die conservative Phalanx des Herrn von Westphalen soll sich daran erinnern, daß Herr von Westphalen nicht mehr Minister ist, und daß möglicherweise in der Zwischenzeit noch andere Veränderungen eintreten können; und sie soll deshalb ernsthaft erwägen, was unter diesen Umständen ihr wohlverstandenes Interesse, ihre Ehre und ihre Pflicht erheischt. Es ist, wie wir schon früher auseinandergesetzt, kein Attentat gegen die durch die Verfassung garantierte Wahlfreiheit der Beamten, kein Eingriff im Sinne des Herrn v. Westphalen und des Geheimen Regierungsrath Fahn, sondern nur eine wohlgemeinte Erinnerung, daß sich in den factischen Voraussetzungen einiges geändert hat.

Was die neue Umlegung der Wahlbezirke betrifft, so enthalten wir uns eines Eingehens auf das Detail; da die Zeit so sehr drängte, so läßt sich billigerweise nicht erwarten, daß allen Uebelständen abgeholfen sein wird. Aber eins haben wir bei dem motivirten Gutachten der „Preussischen Correspondenz“ schmerzlich vermißt. Wir setzen voraus, daß eine der ersten Vorlagen der Regierung an den neuen Landtag eine gesetzmäßige Feststellung der Wahlbezirke sein wird. Aber warum ist nicht schon jezt die Preussische Correspondenz bevollmächtigt worden, diesen Voratz der Regierung anzuzeigen? Die bestimmte Aussicht, daß die Regierung in dieser hochwichtigen Angelegenheit die Initiative zu ergreifen gedenke, würde auf die Wahlberechtigten den heilsamsten Eindruck hervorgebracht haben.

Vielleicht ist in dem Augenblick, wo wir dieses schreiben, die Ministerkrisis schon entschieden. Wir wiederholen, daß es uns mehr auf die Sache als auf die Personen ankommt, daß jede verfassungstreue Regierung, welche jedem Bürger und jedem Stande sein Recht zu Theil werden läßt, dem Ausland gegenüber die Ehre

*) Die nachträgliche Adresse der 128 „Herren“ ist, als von bloßen Individuen ausgehend, politisch völlig null.

Preußens energisch vertritt und namentlich in der Handelspolitik, die vielleicht für die nächste Periode in den Vordergrund treten wird, die Interessen des Staats einsichtsvoll und consequent wahrnimmt, in derjenigen Schicht des Volks, aus der die Opposition der letzten neun Jahre hervorging, einer loyalen Haltung begegnen wird, gleichviel ob sie aus ehemaligen Mitgliedern der Rechten oder der Linken, oder auch aus solchen Beamten zusammengesetzt ist, die sich an dem bisherigen Parteitreiben gar nicht betheiligt haben. Fest überzeugt, daß der Regent bei der Besetzung der wichtigsten Stellen nach gründlicher Prüfung der betreffenden Persönlichkeiten vorschreiten wird, werden wir in der Kritik zurückhaltend sein, bis sich ein bestimmter Gang der Politik erkennen läßt. Nur zwei Wünsche haben wir auszusprechen.

Der erste betrifft unsere Parteifreunde, die Mitglieder der bisherigen Opposition. Wir glauben nicht, daß für den Fall einer partiellen Veränderung des Ministeriums es für die gedeihliche Entwicklung des Staatslebens heilsam wäre, wenn sie sich neben die Männer setzten, die sie bisher principiell bekämpft. Was auch Gutes in administrativer Beziehung daraus hervorgehn könnte, die politische Haltung ist doch ebenso wichtig, und für diese sind noch andere Motive entscheidend als augenblickliche Zweckmäßigkeitsmaßregeln.

Unser zweiter Wunsch ist, daß das neue Ministerium, wer es auch sein mag, dem Landtag mit vollem Vertrauen entgegenkommen und ihm durch eine bestimmte Darlegung seiner politischen Grundsätze die Direction geben möge. An diesem Vertrauen hat es nicht blos das Ministerium Brandenburg-Manteuffel fehlen lassen, sondern auch die drei ihm vorangegangenen Ministerien des Jahres 1848, und an diesem Umstand hängt vieles, was die damalige sogenannte Nationalversammlung, für die wir wahrlich nicht eintreten wollen, wenigstens entschuldigen kann.

Die Hauptsache bleibt immer, wie die jetzigen Wahlen ausfallen. Zwar hat die Nationalzeitung vollkommen recht, wenn sie es als einen Uebelstand beklagt, daß die Wahlen ausgeschrieben sind, bevor ein neues Ministerium den Beamten in Bezug auf ihre Wahlbetheiligung eine stärkere Direction, den Wählern ein Bild von dem, was sie zu erwarten haben, gibt. Allein nach unserer Ansicht hat die Presse jetzt eine ganz andere Aufgabe, als auf solche Uebelstände hinzuweisen, die am Ende doch nicht so groß sind, als es scheint. Die Presse, die nicht für die Regierung, sondern das Publicum geschrieben wird, hat vielmehr die heilige Verpflichtung, es auszusprechen und Tag für Tag zu wiederholen: daß in diesem Augenblick jede Theilnahmlosigkeit an dem wichtigsten Act des Staatsbürgers eine politische Ehrlosigkeit wäre; daß derjenige, der in diesem Augenblick nicht alle seine Kräfte anbietet, um für die Sache der Freiheit zu wirken, der seine Trägheit damit beschönigt, daß der Herr Landrath oder sonst wer vielleicht noch immer so dächten wie vor einem Monat, daß ein solcher, auch wenn er in seinem Pult ganze Stöße von Freiheitsgedichten verschlossen hält, auch wenn er die Faust im Sack ballt gegen die Tyrannen, auch wenn er von einer kommenden Revolution träumt, vermittelst welcher ihm die gebratenen Tauben der Freiheit in den Mund fallen werden: daß ein solcher verdient ein Knecht zu sein und zu bleiben. Wenn ein Volk unter den gegenwärtigen Umständen nicht im Stande ist, sich auf gesetzlichem Wege selbst zu helfen, so ist ihm überhaupt nicht zu helfen. † †